

monitor



(c) apabiz

Das Bild bleibt unvollständig

Die Zahlen von rassistischen Anschlägen und Demonstrationen unterscheiden sich erheblich

Die rassistischen Angriffe auf bewohnte oder geplante Unterkünfte von Geflüchteten haben drastisch zugenommen. Über 70 Brandstiftungen zählen unabhängige Recherchen bislang im Jahr 2015. In der Berichterstattung wird immer wieder auf Zahlen des Innenministeriums beziehungsweise des Bundeskriminalamts zurückgegriffen. Eine qualitative Auseinandersetzung mit diesen erfolgt jedoch meist nicht.

Am 12. Oktober 2014, also vor knapp einem Jahr, flogen in Groß Lüsewitz bei Rostock zwei Molotovcocktails gegen eine Asylunterkunft. Zu dieser Zeit waren hier bereits acht Familien untergebracht. Monate später konnten zwei Tatverdächtige festgenommen werden, diese sitzen seit August in Untersuchungshaft. Die Staatsanwaltschaft erhob nun Anklage wegen versuchten Mordes. In den Zahlen der Bundesregierung zu Angriffen gegen Asylunterkünfte sucht man Groß Lüsewitz vergebens.

Einmal pro Quartal veröffentlicht das Bundesministerium des Innern diese Zahlen inklusive einer Liste, welche die Delikte einzeln aufschlüsselt. Das Ergebnis scheint eindeutig: 173 rechte Straftaten gegen Asylunterkünfte im ersten Halbjahr 2015. Das sind fast dreimal so viele wie in der ersten Jahreshälfte 2014 (75). Im Oktober sprach Innenminister De Maizière von mehr als 490 Straftaten im laufenden Jahr. Die aktuelle Drucksache des Bundestages lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor. Die Äußerungen De Maizière

deuten aber darauf hin, dass sich die Angriffe im 3. Quartal im Vergleich zu den Vormonaten erneut mehr als verdoppelt haben. Doch dürften auch diese Zahlen unvollständig sein. In den Auflistungen des Bundesinnenministeriums fehlen immer wieder Delikte. Dies zeigt ein Abgleich, den wir mit Dokumentationen verschiedener unabhängiger Beobachtungsstellen rechter Gewalt in den ostdeutschen Bundesländern durchgeführt haben.

Tröglitz und Escheburg – zwei von vielen

Die offiziellen Daten basieren auf den Ergebnissen der einzelnen Polizeibehörden vor Ort, welche diese an das BKA melden. Häufig wird in Pressemeldungen die Gesamtzahl der genannten Delikte zitiert. In der Statistik werden jedoch sämtliche Straftaten am »Tatort oder mit dem Ziel« Asylunterkunft geführt. Es finden also auch Taten Eingang, die im Zusammenhang mit zivilgesellschaftlichen Interventionen zum Schutz

Inhalt

- 1 Das Bild bleibt unvollständig
Die Zahlen von rassistischen Anschlägen und Demonstrationen unterscheiden sich erheblich
- 4 »Hoyerswerda als Vorbild«
Erinnerung an den Brandanschlag von Hünxe im Oktober 1991
- 5 Nachlass von Barbara Reimann
Archiv en detail
- 6 »Große Geste - kaum etwas dahinter«
Rezension
- 7 Kurzmeldungen
- 8 Neu im Archiv

antifaschistisches pressearchiv
und bildungszentrum berlin e.v.
(apabiz)

lausitzerstr. 10 | 10999 berlin

geöffnet do von 15 bis 19 uhr
und nach absprache

fon | fax: 0 30 . 6 11 62 49

mail@apabiz.de
www.apabiz.de

iban: DE30 1002 0500 0003 3208 00
bic: BFSWDE33BER
bank für sozialwirtschaft

monitor ist nicht im abo erhältlich,
aber fördermitglieder bekommen
ihn zugeschickt. mehr infos dazu
gibt es auf der rückseite.

monitor – rundbrief des apabiz e.v. |
v.i.s.d.p.: apabiz e.v., c.schulze,
lausitzer str.10, 10999 berlin | dank an
unsere fördermitglieder, die mit ihrem
beitrag die finanzierung unterstützen |
erscheinungsweise: alle zwei monate
fotos: alle rechte liegen bei den
fotograf_innen



von Asylunterkünften stattgefunden haben. Bezieht man sich jedoch wie eingangs ausschließlich auf die PMK-rechts-Fälle, laufen wir Gefahr verschiedene Delikte, bei denen eine rassistische Motivation durch die Behörden nicht erkannt wurde, auszuklammern. Rassismus als Tatmotiv anzuerkennen war in der Vergangenheit bekanntlich keine Stärke der Ermittlungsbehörden. Konkret für die Zahlen des ersten Halbjahres bedeutet dies, dass etwa die Brandanschläge in Tröglitz (Sachsen-Anhalt) im April und in Escheburg (Schleswig-Holstein) im Februar keine Berücksichtigung finden, da sie nicht unter PMK-rechts geführt werden. Bei erst genanntem Anschlag gibt es aufgrund der monatelangen rassistischen Hetze und Bedrohungen im Ort begründeten Anlass von einem rechten Anschlag auszugehen. Zur Zeit als das Feuer gelegt wurde, wohnten zwei Personen in dem Gebäude, deren Leben durch das Feuer bedroht wurde. Der Dachstuhl des Gebäudes brannte völlig aus. Aufgeführt wird Tröglitz aktuell als schwere Brandstiftung, nicht aber als versuchter Mord. Die Ermittlungen waren zunächst, wie bei vielen vergleichbaren Fällen, unergiebig. Erst im Oktober konnte erstmals ein Tatverdächtiger ermittelt werden, dieser sympathisiert laut Medienberichten mit der NPD. In Escheburg hingegen war die rassistische Motivation des mittlerweile verurteilten Brandstifters bald bekannt. Dieser gab vor Gericht an, aus Angst um die Idylle im Ort gehandelt zu haben.

Zusätzlich zu den Fällen, bei denen die PMK-Zuordnung zu kritisieren ist, gibt es immer wieder Angriffe, egal ob Sachbeschädigungen oder Körperverletzungen, die

nicht in der Statistik des BMI aufgeführt werden. Einige dieser Fälle könnten im Verlauf des Jahres nachgemeldet werden, da die Zahlen je nach Abfragedatum und Ermittlungsstand nachträglich aktualisiert werden. Sicher ist das aber nicht.

Versuchte Brandstiftung oder »nur« Sachbeschädigung

Auch die in der Liste verwandten Straftatbestände werfen Fragen auf. Zu den am häufigsten registrierten Delikten gehören Sachbeschädigungen, Volksverhetzungen und das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen. Doch auch schwere Körperverletzungen, Bedrohungen und Brandstiftungen werden geführt. Von diesen Daten zurück auf das konkrete Geschehen zu recherchieren erweist sich, vor allem da wo unabhängige Beobachtungsstellen fehlen, als schwierig. Die folgenden zwei Beispiele zeigen jedoch wie problematisch eine Nichtüberprüfung ist. So meldet die RAA Sachsen e.V für den 3. Juni 2015 eine versuchte Brandstiftung in ihrer Chronik rechter Gewalt. Hier heißt es mit Bezug auf Presse- und Polizeimeldungen: »Unbekannte haben in der Nacht zu Mittwoch einen Brandanschlag auf das Asylbewerberheim in Hoyerswerda verübt. Nach Polizeiangaben warfen sie einen Behälter mit brennbarer Flüssigkeit in Richtung der Notunterkunft, in der sich zu diesem Zeitpunkt 27 Asylbewerber aufhielten.« In der Liste des BMI findet sich für den 3. Juni in Hoyerswerda jedoch lediglich eine Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung von Straftaten und eben keine versuchte Brandstiftung.

Ein ähnlicher Fall in Brandenburg: Hier berichtete der Verein Opferperspektive am 4. November 2014, dass in der Nähe einer zukünftigen Notunterkunft in Senftenberg ein Molotovcocktail gefunden wurde, welcher offensichtlich sein Ziel verfehlte. Außerdem wurde an dem Gebäude die Parole »Werden hier Asylbewerber wohnen, werden hier bald Flammen lodern« angebracht. Versuchte Brandstiftung sucht man erneut vergebens in der Liste des BMI. Auffindbar ist lediglich ein

Eintrag für den Vortag, der eine Sachbeschädigung angibt.

Auch der Tatbestand versuchter Mord fand sich hier bislang nicht. De Maizière nannte diesen nun erstmalig in einer Stellungnahme zu den aktuellen Entwicklungen. Den aufgeschlüsselten Zahlen des 3. Quartals werden wir möglicherweise entnehmen können, wo entsprechend ermittelt wird. Immer häufiger finden derzeit Brandstiftungen auch an bewohnten Unterkünften statt. Dabei wird der Tod von Menschen billigend in Kauf genommen. Der Umstand, dass die aktuellen Anschläge bislang noch keine Todesopfer gefordert haben, ist da beinahe glücklich.

Zunahme rassistischer Mobilisierungen wird ignoriert

Die Zunahme von Anschlägen auf Unterkünfte für Geflüchtete steht im Zusammenhang mit einem Anstieg rassistischer Aufmärsche generell und einem öffentlich geführten Diskurs, der Geflüchteten immer wieder ihre Fluchtgründe abspricht und sie nur allzu oft als Gefahr darstellt. Tatsächlich sind die Zahlen der Angriffe gegen Unterkünfte Ende 2014 sprunghaft angestiegen, also genau dann als PEGIDA in Dresden und die verschiedenen anderen GIDAs im Bundesgebiet zahlenmäßig am Stärksten waren und im Fokus der Öffentlichkeit standen.

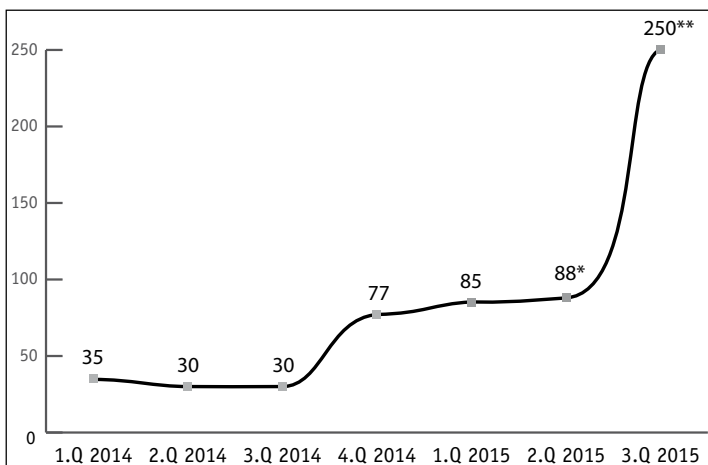
Ein Blick auf die Zahlen der Bundesregierung zu extrem rechten Aufmärschen zeigt aber, wie ein Großteil der aktuellen Mobilisierungen hier schlicht ignoriert wird. So finden sich zwar verschiedene GIDA-Aufmärsche in der Aufstellung, jedoch nur wenn bei diesen eine neonazistische Dominanz oder gar Steuerung erkannt wird. Gerade das Dresdner Original mit den größten TeilnehmerInnenzahlen fehlt aber komplett, ebenso HOGESA. Auch keiner der anderen sächsischen GIDA-Aufmärsche ist in den Zahlen enthalten, auch dann nicht, wenn er wie in Leipzig das bevorzugte Betätigungsfeld von Neonazi-Hooligans ist. Mit der Verengung auf einen einseitigen Rechtsextremismus-Begriff, welcher sich lediglich auf organisierte Strukturen und Parteien beschränkt, ist es den Behörden erneut nicht möglich die aktuellen Entwicklungen adäquat einzuordnen. Gelistet wird nur, was

PMK-rechts geführte Straftaten gegen Asylunterkünfte.

Quellen: Bundesregierung (Drucksachen 18/3964, 18/4821, 18/5686)

* Ohne Nachmeldung (Zahl steigt vermutlich noch)

** Schätzung (Zahlen liegen noch nicht vor)





allzu offensichtlich neonazistisch ist. Aggressiver Rassismus und andere Bestandteile extrem rechter Ideologie auf der Straße allein qualifizieren offenbar nicht dafür, seitens der Institutionen in den Fokus zu geraten. Wo Rassismus außerhalb von extrem rechten Parteien und Kameradschaften propagiert wird, wird er also nicht als solcher erkannt. Häufig wird dabei das Bild der vermeintlich berechtigten Ängste »besorgter Bürger« bemüht. Es sind aber eben genau diese, welche sich als »Vollstrecker des Volkszorns« der geistigen Unterstützung aus ihrem sozialen Umfeld in Nachbarschaft oder Betrieb gewiss sein dürften.

Wie hoch die Diskrepanz zwischen unabhängiger Beobachtung und offizieller Darstellung ist, zeigen unsere Dokumentationen zu rechten Aufmärschen in Berlin. Im Zeitraum Oktober 2014 bis März 2015 wurden durch das BMI genau drei Veranstaltungen der extremen Rechten in Berlin vermeldet. Alle drei werden der NPD zugerechnet. Unerwähnt bleiben die allein Ende des Jahres 2014 dreimal wöchentlich stattgefundenen, rassistischen Aufmärsche in den Randbezirken der Stadt, bei denen ein Großteil der Infrastruktur inklusive der RednerInnen und OdnerInnen aus bekannten Neonazistrukturen kamen und welche gern unter dem Label »Nein zum Heim« beziehungsweise einer »Bürgerinitiative« auftraten. Dadurch fehlen rassistische Aufmärsche mit bis zu 1.000 Personen in Marzahn-Hellersdorf, ganz zu schweigen vom extrem-rechten Potpourri aus IDENTITÄRER BEWEGUNG, PRO DEUTSCHLAND, AFD, NPD und Holocaustleugnern al á BÄRGIDA, dass sich seit Jahresbeginn jede Woche in der Stadt versammelt. So zählen wir im selben Zeitraum nicht drei sondern 56 Veranstaltungen mit nicht nur 300 TeilnehmerInnen, sondern insgesamt ca. 10.000 Personen. Zahlen, die auf die hohe Regelmäßigkeit zurückgehen, mit der Rassismus derzeit auch auf Berliner Straßen propagiert wird.

Lieber genau hinsehen

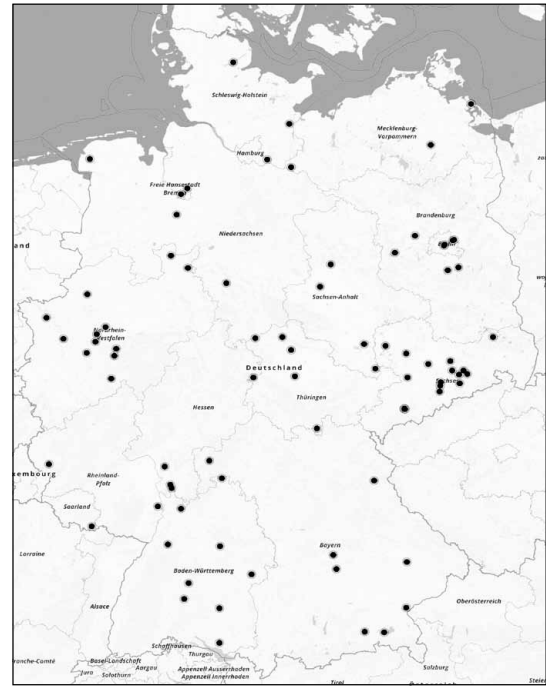
Durch das unhinterfragte Übernehmen der Zahlen des BMI in der Berichterstattung wird fataler Weise die behördliche Deutungshoheit über die aktuellen rassistischen Ausschreitungen anerkannt und weiterverbrei-

tet. Wer das tatsächliche Ausmaß beschreiben will, recherchiert jedoch auch weiterhin lieber selbst. Da die Zahlen nur alle drei Monate veröffentlicht werden und häufig schon wenige Tage später völlig veraltet sind, greifen verschiedene Pressestellen auch auf aktuellere Zahlen des BKA zurück. Diese werden jedoch in keiner Weise aufgeschlüsselt. Eine Überprüfung der Zahlen ist so unmöglich. Welche Delikte berücksichtigt wurden, darüber kann nur gerätselt werden. Allein im Bereich von Brandstiftungen liegen die Zahlen unserer eigenen Recherchen circa dreimal höher.

Eine generelle Tendenz liefern die offiziellen Zahlen also nur zum Teil, auch wenn das Anwachsen rassistischer Gewalt derart offensichtlich ist, dass diese auch trotz ungenauer Daten erkennbar ist. Das tatsächliche Ausmaß von rassistischen Angriffen sowie Aufmärschen liegt mit Sicherheit aber höher. Mit einer unabhängigen Dokumentation in allen Bundesländern wäre schon viel gewonnen. Neben den Zahlen gilt dies vor allem auch für eine qualitative Einschätzung, welche nicht durch die Brille einer völlig diskreditierten Extremismustheorie erfolgen würde.

Die Debatte um rechten Terror

Vermehrt wird nun darüber diskutiert, um wen es sich bei den BrandstifterInnen handelt. Für die Mehrheit der Brandanschläge sind bis jetzt keine Tatverdächtigen ermittelt worden. Hinweise auf eine überregionale-kooordinierte Struktur finden sich derzeit nicht. Dieser bedarf es wohl auch nicht. Vor Ort gibt es genügend gewaltbereites rassistisches Potential und das nötige Know-How liefert ein kurzer Blick ins Internet. So ist es auch nicht in organisierte Strukturen eingebundenen RassistInnen problemlos möglich Anschläge zu verüben. Aber auch von einer Wissensweitergabe der alten, noch immer aktiven Hoyerswerda-Generation an neue potentielle BrandstifterInnen ist auszugehen. Wenn nun eine Debatte aufkommt, ob es sich bei der aktuellen Gewalt um eine Form rechten Terrors handelt, dürfen aber nicht lediglich die bekannten Konzepte von im Underground agierender Gruppen herangezogen werden. Vielmehr ist rassistische Gewalt derzeit konsensfähig in



vielen Ortschaften. Die Debatte birgt somit auch die Gefahr rechte Gewalt einmal mehr als gesellschaftliches Randphänomen abzuhaben. Auffällig ist, dass offenbar bei vielen Brandanschlägen eine genaue Kenntnis über Gebäude und Umfeld vorhanden ist. Anders sind Anschläge wie in Nauen (Brandenburg), wo gezielt Gas in ein unbewohntes Gebäude geleitet wurde um dieses zur Explosion zu bringen, nicht denkbar.

Gegenstrategien entwickeln

Die Verharmlosung rechter Gewalt und eine nicht stattgefundenen Strafverfolgung haben in den neunziger Jahren das Entstehen des NSU ermöglicht. Wenn heutzutage einmal mehr der Gefahr, die von RassistInnen ausgeht, aufgrund mangelhafter Analysen nicht entgegengewirkt wird, stellt sich die Frage, was die Behörden seit dem dazu gelernt haben.

Aufgabe antifaschistischer Gruppen muss sein, Rassismus immer wieder auch als solchen zu benennen und als das wahrscheinlichste Tatmotiv in die öffentlichen Debatten zu tragen. Dabei gilt es bei schierer Menge an Angriffen nicht den Überblick zu verlieren und gemeinsam mit Refugees eine Strategie zu entwickeln. Kritischer Journalismus kann dazu seinen Beitrag leisten. Dafür sollten Zahlen staatlicher Stellen aber nicht widerspruchlos übernommen werden.

Kilian Behrens

Brandanschläge und Sprengstoffdelikte gegen Asylunterkünfte 2015.

| (c) rechtesland.de, Stand Oktober 2015

Eine Visualisierung von Angriffen gegen Asylunterkünfte und den aktuellen Brandanschlägen findet sich auf rechtesland.de



(c) Rassismus-toetet-Leipzig.org

»Hoyerswerda als Vorbild«

Erinnerung an den Brandanschlag von Hünxe im Oktober 1991

Anfang der 1990er Jahre gab es eine große Anzahl von Anschlägen gegen Geflüchtete. Wir möchten an dieser Stelle an einen Brandanschlag erinnern, der damals wenig Beachtung bekam. Zwei Mädchen im Alter von sechs und acht Jahren erlitten schwerste Verbrennungen und leiden auch heute noch darunter.

In der Nacht zum 3. Oktober 1991 werden bei einem Brandanschlag auf eine Unterkunft für Geflüchtete im nordrheinwestfälischen Hünxe zwei Kinder verletzt. Die drei Täter, ANDRÉ C., JENS G. und VOLKER L. begehen sich, nachdem sie gemeinsam den »Tag der deutschen Einheit« gefeiert haben, mit selbst gebauten Brandsätzen zu einem Wohnheim, in dem Geflüchtete untergebracht sind. Ein Brandsatz zündet in einem Zimmer, in dem drei Kinder schlafen. Zwei Schwestern erleiden schwerste Brandverletzungen, die sechsjährige Mukades muss ins Krankenhaus nach Duisburg gebracht werden. Ihre achtjährige Schwester Zainab hat so schwere Verbrennungen, dass sie in eine Spezialklinik nach Hamburg geflogen wird. Die Familie war 1988 aus dem Libanon geflohen, um in Deutschland ein sicheres Leben zu suchen.

In Hünxe gab es schon länger eine Neonazi-Skinhead-Szene, in der sich auch die drei Täter bewegten. Einer der Täter, VOLKER L., zum Tatzeitpunkt 18 Jahre alt, hatte laut Medienberichten in seinem Zimmer eine Hakenkreuzfahne, NS-Propagandamaterial und ein Hitlerbild hängen. Im Rundbrief der Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene (HNG) schreibt sein Zellennachbar mehrfach über den Brandanschlag und fordert die LeserInnen auf, zum Prozess zu gehen, da ein »Schauprozess allererster Güte kommen dürfte«. Gegenüber der Polizei äußerten die Täter, dass ihnen Hoyerswerda »als Vorbild gedient« habe und sie »ein Zeichen setzen« wollten. Nach der Tat rufen Neonazis bei der Familie zu Hause an und bedrohen sie mit den Worten: »Diesmal seid ihr davongekommen, aber nächstes Mal passiert Euch Schlimmeres!«

Berichterstattung im SPIEGEL

Insgesamt gab es um den 3. Oktober 1991 über 20 gewalttätige Übergriffe gegen Geflüchtete, wie die taz am 4. Oktober meldet. Im Spiegel erscheint am 14. Oktober (Nr. 42/1991, online abrufbar) ein Artikel von Cordt Schnibben über den Anschlag in Hünxe. Aber nicht Empathie mit den Opfern ist ihm wichtig, sondern er beklagt die vermeintliche Ausgrenzung von deutschen Kindern in Hünxe durch »Asylanten« und den vierjährigen Bruder von Mukades und Zainab: »Die drei deutschen Jungen, die vor der alten Kirche von Hünxe Fußball spielen, können einem schon Leid tun. So schön sie auch flanken und schießen, immer läuft ein kleiner schwarzgelockter Zwerg in die Bahn, nimmt den Ball mit den Händen auf oder tritt dem Torwart in die Waden. (...) Nun wäre es eigentlich höchste Zeit, dem Kleinen was



an die Ohren zu geben, aber die drei, mehr als doppelt so groß, flüchten fluchend vor Mohammed (...). Die Jugendlichen wissen, sie können dem Monster mit den leuchtenden Augen nichts tun. Sie haben Mohammed Saado vor sich, Mitglied der prominentesten Asylantenfamilie Deutschlands.«

»Das Asylrecht geht zu Lasten des deutschen Volkes«

Die Rhetorik des Artikels spiegelt wider, wie zu Beginn der 1990er Jahre der Diskurs um Flucht und Asyl auch in den deutschen Medien geführt wurde. Nicht zuletzt in Gesprächen mit Bürger_innen aus Hünxe nach dem Anschlag wird der normale rassistische Alltag in einem westdeutschen Dorf deutlich: Die Jungs seien eigentlich ganz in Ordnung und die Medienberichterstattung eine Lüge. Zwei Wochen später wird im Stern ein Kriminaloberrat beim BKA zitiert: »Der Mißbrauch des Asylrechtes ist die Normalität. Das geht zu Lasten des deutschen Volkes.« Er rät Bürgern, »den Aufstand

zu proben«. Drei Tage vor dem Anschlag in Hünxe hatten CDU, SPD und FDP im Stadtrat eine Resolution verabschiedet, in der eine »konsequente Abschiebep Praxis« eingefordert wurde.

Beim Prozess gegen VOLKER L., ANDRÉ C. und JENS G. sind sich Staatsanwaltschaft und Verteidigung darin einig, dass die Schuldfähigkeit der Angeklagten aufgrund des Alkoholkonsums erheblich eingeschränkt gewesen sei. Die drei Täter werden wegen schwerer Brandstiftung und schwerer Körperverletzung zu Jugendstrafen von dreieinhalb bis fünf Jahren verurteilt. ANDRÉ C. nimmt sich nach der Haft das Leben. Volker L. scheint untergetaucht zu sein. Nur JENS G. lebt nach seiner Entlassung ganz in der Nähe von Hünxe, bei den Opfern hat er sich nie entschuldigt. In einer Reportage über Hünxe wird auch 23 Jahre nach dem Brandanschlag deutlich, dass der Anschlag die Schwestern nach wie vor begleitet, zum einen durch physische Schmerzen und zum anderen durch die psychische Belastung. Zai-

nab konnte in der Hamburger Klinik aufgrund der Entfernung nur selten Besuch von ihren Eltern bekommen. Auch später in ihrer Schulzeit wurde sie ausgelacht und ausgegrenzt, aufgrund ihrer Brandnarben.

»Deutschland ist ein ausländerfreundliches Land«

Frappierend erinnern die Worte von Heribert Prantl in der Süddeutschen Zeitung vom 27. Mai 1992 anlässlich des Gerichtsprozesses an die aktuelle Debatte: In den Tagen nach dem Anschlag seien die Politiker »auf Kuscheltour gegangen, haben Asylbewerber besucht und Kinder auf den Arm genommen. Das ist schon wieder vorbei. Nach der Schrecksekunde wurde die Asyldebatte noch übler fortgesetzt als vorher. Was also soll man den Opfern sagen? Trösten wir sie mit einem Wort des Bundeskanzlers zum Tag der deutschen Einheit: »Deutschland ist ein ausländerfreundliches Land.«

Paula Tell, Sarah Kaminski

Archiv en detail

Nachlass von Barbara Reimann, Widerstandskämpferin und KZ-Überlebende

Barbara Reimann (geb. Dollwetz), 1920 in Hamburg geboren, war schon als Jugendliche im Jugendverband der KPD, dem Kommunistischen Jugendverband Deutschlands aktiv. In ihrer Schulzeit wurde sie von Mitschülerinnen, die im BDM organisiert waren, verprügelt. Ihr Vater wird im September 1933 in der Gestapo-Haft ermordet. Ihre Brüder Heinrich und Erich gehen ins Exil in die Sowjetunion. Barbara und ihre Mutter sind aktiv im Widerstand gegen die Nazis, bis sie 1942 verhaftet werden. Nach einem Jahr Untersuchungshaft in Hamburg Fuhlsbüttel werden sie in das Frauen-KZ Ravensbrück verschleppt, auf dem Nazidokument steht »Rückkehr unerwünscht«. Doch beide überleben die KZ-Haft, vor allem durch Solidarität von Mithäftlingen.

1946 organisiert Barbara Reimann die Umbettung von 29 ermordeten Widerstandskämpfern in

einen neu errichteten Ehrenhain für antifaschistische Widerstandskämpfer_innen nach Hamburg/Ohlsdorf. Sie ist weiterhin politisch aktiv, unter anderem in der VVN und der Lagerarbeitsgemeinschaft Ravensbrück (DDR). Ab 1946 lebt sie in Ost-Berlin. Nach einem Kurs an der Richterschule wird Barbara Reimann Staatsanwältin, später arbeitet sie in der Rechtsabteilung im Ministerrat. Noch zu ihrer Arbeitszeit spricht Barbara regelmäßig vor Schulklassen und Jugendgruppen über ihre Geschichte und den Widerstand gegen die Nazis. Nachdem sie in Rente geht tut sie dies noch häufiger, so dass sie manches Mal nicht alle Anfragen beantworten und auch nicht an allen Veranstaltungen teilnehmen kann. Im April 2013 ist Barbara Reimann gestorben.

Über das Leben von Barbara Reimann gibt es ein Buch von Heike Kleffner und Franziska Bruder, die

mit Barbara lange Interviews geführt haben. Die Erinnerung darf nicht sterben...Barbara Reimann – Eine Biografie aus acht Jahrzehnten Deutschland, Unrast Verlag, Hamburg 2000, für Fördermitglieder auch im apabiz auszuliehen. Das apabiz ist sehr froh, den Nachlass bekommen zu haben und somit die Widerstandsgeschichte einer ganzen Familie, die lange vor 1933 begonnen hat, zu erhalten. Dokumente wie Akten der Gestapo, Fotos und Briefe, aber auch den Winkel mit Häftlingsnummer, den Barbara an ihrem Kleid im Frauen-KZ Ravensbrück tragen musste sind zu sortieren und zu katalogisieren. Eine sehr spannende und interessante Aufgabe, für die unser Team leider im Moment nicht die Kapazitäten hat. Daher freuen wir uns sehr über Unterstützung dabei. Wer Interesse hat, meldet sich bei uns.

Paula Tell

Rezension

Große Geste - kaum etwas dahinter

Der Rechtsstaat im Untergrund – Wolf Wetzel

Er hat ja so recht, der Wolf Wetzel! Nein, im Ernst, wenn er schreibt: »Nehmen wir einmal an, dass die Geheimdienste 13 Jahre von der Existenz des NSU nichts gewusst haben und Jahrzehnte nichts von den systematischen Auspähungen britischer und US-amerikanischer Geheimdienste... Für diese systematische Ahnungslosigkeit muss man keine Milliarden Euro ausgeben!«, dann hat er einfach recht. Er hat überhaupt fast durchgehend recht, auch wenn nicht viel neues in seinem jüngsten Kompendium zu finden ist. Die Leistung des Buches, das sich auch rasch wegliest, ist es, die verschiedenen Aspekte, die einen geheimdienstlichen Staat im Staate konstituieren, zusammenzudenken und ausgehend vom Orwell'schen »1984« über Horst Herolds Rasterfahndung, die aktuelle Diskussion über die späte Wiederaufnahme der Ermittlungen zum Oktoberfestattentat, die Vorratsdatenspeicherung und die Stay-behind-Armeen der NATO bis hin zum NSA-Skandal noch einmal aufzufächern. Ausgehend von der freiwilligen Selbstbeteiligung der Bürger_innen an ihrer Totalüberwachung, der Wirkungslosigkeit der wenigen demokratisch legitimierten Kontrollinstanzen und dem offensichtlichen Einvernehmen der beteiligten Geheimdienste an extralegalen Aktionen beschreibt Wetzel sein Entsetzen darüber, wie folgenlos all das im Sande verläuft. Skandal auf Skandal wird durch die Kommunikationsnetze und Medien gejagt, ungeheuerliche Enthüllungen durch Wikileaks, Snowden und andere Whistleblower und selbst die kaum fassbaren Ungereimtheiten im NSU-Kontext bringen den öffentlichen Diskurs stets nur kurz in Wallungen und ehe man sich's versieht ist wieder alles beim Alten. Selbst Dreistigkeiten wie das Diktum des Vize-Kanzlers Sigmar Gabriel, wenn es die Vorratsdatenspeicherung »bereits zum Zeitpunkt der ersten NSU-Morde« gegeben hätte, »hätten wir weitere vermutlich verhindern können«, bleiben winzige Aufreger, die nichts an

der grundsätzlichen parteiübergreifenden Zustimmung zu unkontrollierter Totalüberwachung ändern.

Auch im Zusammenhang mit dem NSU trägt Wetzel nochmal all die »Highlights« der Ungereimtheiten zusammen, etwa den Fall des hessischen V-Mann-Führers Andreas Temme, der am Kasseler Mordtatort anwesend war, des Heilbronner Mordanschlags auf die Polizistin Michèle Kiesewetter und ihren Kollegen, der wie durch ein Wunder den Kopfdurchschuss überlebte, oder das rätselhafte Sterben einiger wichtiger (potentieller) Zeug_innen. Wetzels Logik zufolge steckt hinter allem letztlich doch ein gelenkter Komplott: »Das Abtauchen der Mitglieder des Thüringer Heimatschutzes 1998 war gewollt. Man hat sie geradezu dafür aktiviert und jede Möglichkeit, sie festzunehmen, unterbunden. Diese Entscheidung wurde jeweils auf der Ebene der Innenminister getroffen.« Aber warum? Wetzel vermutet, der »NSU lieferte (...) die Toten, und die Ermittlungsbehörden lieferten den ihn passenden politischen Kontext, als Beleg für die ständig beschworene Gefahr der ‚Ausländerkriminalität‘, als blutigen Beweis für das Anwachsen ‚Organisierter Kriminalität‘ (OK), dessen Bekämpfung einmal mehr intensiviert werden muss.« (Fehler im Original) Das ist wahrscheinlich ziemlicher Blödsinn, ebenso wie die Behauptung, dass mit der rassistischen Stoßrichtung bei der Ermittlung zu den »Dönermorden« die Gefahr von »Schläfern« und »tickenden Zeitbomben« unter den unauffällig lebenden Nicht-Deutschen beschworen werden sollte. Im übrigen werden so aus überzeugten Nazi-TerroristInnen willenslose Marionetten des Geheimdienstes gemacht.

Natürlich darf man über all die ungeklärten Fragen spekulieren und kühne Thesen äußern, zumal die geheimdienstlichen Machenschaften hinter einer Mauer des Schweigens und Vertuschens abgeschottet werden und eine Beweisumkehr nicht in Sicht ist. Aber dabei sollte man



doch auf dem Teppich bleiben. Verschwörungstheorien beginnen dort, wo diese Spekulationen als Gewissheiten angepiessen werden, worin Wetzel ein Meister ist. Immer dort, wo er am schärfsten argumentiert, fehlen die ohnehin spärlichen Belege vollends. Für Wetzel ist es klar, dass beim Tod »der beiden Uwes« eine »dritte Hand« im Spiel war und dass sich hinter dem großen Konfetti-Berg aus NSU-Akten ein koordinierender »Krisenstab« verbirgt. Dezierte Nachweise dafür bleibt er schuldig.

Mit dem Aufruf im erstaunlich banalen Schlusskapitel, diesem geheimdienstlich konstituierten Leviathan die Loyalität zu entziehen, macht sich Wetzel selbst unglaubwürdig, wenn er selbst davon spricht, dass sich der Verfassungsschutz während der 13 NSU-Jahre im »künstlichen Wachkoma« befunden habe. Also doch koma-bedingtes Versagen und nicht »tiefer Staat«? Und: Welche Loyalität?

Vereinzelt tauchen auch im Internet abrufbare Fundstellen aus den NSU-Prozessakten auf, sonst bezieht sich Wetzel auf Zeitungartikel und eine übersichtliche Literatur- und Medienliste, die durchaus nicht alle relevanten Quellen, Dokumente und Publikationen zum Thema enthält, was vor allem vor dem Hintergrund des Rundumschlags des Buches und der großen Geste seines Autors doch etwas dürftig erscheint.

Friedrich Burschel

Wolf Wetzel: Der Rechtsstaat im Untergrund. Big Brother, der NSU-Komplex und die notwendige Illoyalität, Köln 2015.



Tod eines Neonazis und VS-Spitzels

Karlsruhe • Am 2. Oktober fanden sich auf dem Karlsruher Hauptfriedhof rund 200 Neonazis ein, um der Beerdigung von ROLAND SOKOL beizuwohnen. Sokol war seit den 1990er Jahren im Raum Karlsruhe, aber auch überregional in den verschiedensten Neonazinetzwerken und -organisationen aktiv, darunter BLOOD & HONOUR, HAMMERSKINS, Hooligan-Gruppen und diverse Kameradschaften. Als Bassist spielte SOKOL zudem in der Neonazikinband TRIEBTÄTER. Zwei Tage nach seiner Beerdigung veröffentlichte die Antifa Freiburg einen ausführlichen Recherche-artikel über SOKOL und seine Aktivitäten, wobei insbesondere die darin aufgedeckte jahrelange Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz Aufmerksamkeit verschaffen dürfte. Auch im NSU-Komplex taucht der Name SOKOL auf: Das einzige Bekenner-Video, was an die neonazistische Szene geschickt wurde, erreichte den PATRIA-Versand, der in etwa dem gleichen Zeitraum von SOKOL übernommen wurde.

NPD-»Bürgerwehr« verteilt Pfefferspray

Berlin • Seit einigen Wochen agitiert die NPD in Berlin-Pankow mit antiziganistischen Aktionen im Ortsteil Blankenburg gegen obdachlose Menschen, die dort in einem leerstehenden Gebäude untergekommen sind. Zu einer ersten Kundgebung Anfang September konnte der Pankower Kreisverband 8 rund um CHRISTIAN SCHMIDT unter dem Motto »Sicherheit durch Recht und Ordnung« jedoch nur ein Dutzend (?) Kameraden mobilisieren. Trotz dieser eher geringen Mobilisierungsfähigkeit ist der KV8 momentan einer der aktivsten Kreisverbände der NPD in Berlin. Seit der Bekanntmachung von Plänen des Berliner Senats im Herbst vergangenen Jahres, in Berlin-Buch ein Containerdorf für Geflüchtete zu errichten, organisierte der Pankower Kreisverband die Logistik auf diversen Demonstrationen und Kundgebungen, die sich gegen die Unterkunft richteten. Auf Facebook kündigte die NPD nun an, regelmäßig eine »Kiezstreife« in Blankenburg durchzuführen. Bisher fanden vier dieser Patrouillen statt. Zuletzt wurde dort auch Pfefferspray an Passant_innen verteilt. Explizit ruft die NPD auch minderjährige Frauen dazu auf, sich bei ihnen zu mel-

den, da sie »noch einige davon auf Lager« hätten. Das Mitführen von Pfefferspray ist in Deutschland nur unter bestimmten Voraussetzungen legal – zudem ist es nur als Tierabwehrspray zugelassen.

»Marsch für das Leben« erstmalig blockiert

Berlin • Am 19. September 2015 fand der 11. »Marsch für das Leben« – vormals »1000-Kreuz-Marsch« – in Berlin statt. Zum ersten Mal gelang es einigen der rund 2.000 antifaschistischen und feministischen Gegendemonstrierenden, mobilisiert vom »Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung« und dem Bündnis »What the fuck«, den Marsch für rund zwei Stunden zu blockieren. Nach unserer Zählung waren rund 5.000 fundamentalistische, antifeministische ChristInnen dem Aufruf des BUNDESVERBANDS LEBENSRECHT (BVL) gegen Abtreibung, Sterbehilfe und PID/PND nach Berlin gefolgt, darunter auch AfD-PolitikerInnen wie BEATRIX VON STORCH. Damit hat sich die Zahl der ChristInnen nur geringfügig erhöht (Eigenangabe ist 7.000), gefeiert wurden allerdings ausdrücklich die »persönlichen Grüße« vom Papst Franziskus sowie die Teilnahme von Amtsträgern, insbesondere von vier katholischen Bischöfen: Weihbischof Matthias Heinrich (Berlin), Weihbischof Thomas Maria Renz (Rottenburg-Stuttgart), Bischof Rudolf Voderholzer (Regensburg) und Weihbischof Andreas Laun (Salzburg). Wie jedes Jahr folgte einer Auftaktkundgebung mit diesmal 14 RednerInnen auf dem Platz vor dem Bundeskanzleramt ein Schweigemarsch mit weißen Holzkreuzen und vor allem Plakaten und Transparenten des BVL durch die City Ost zum Lustgarten, wo der Abschlussgottesdienst im Regen stattfand.

Inhaltlich war vor allem die Rede vom BVL-Vorsitzenden MARTIN LOHMANN geprägt von einer Abgrenzung gegen jeden »Extremismus« und »Fundamentalismus« mit bezeichnenden rhetorischen Stilblüten: »Wir mögen keine braunlackierte rote Ideologie und ebensowenig rotlackierte braune. [...] Das Ja zum Leben ist extrem gut. Aber das Töten ist extrem extremistisch.« Auch setzte er das tausendfache Sterben von flüchtenden Menschen im Mittelmeer mit Sterbehilfe und Abtreibungen gleich: »Wir alle hier plädieren für eine echte, gute und glaubwürdige Willkommenskultur,



Blockade des LebensschützerInnen-Zuges am 19. September 2015 in Berlin-Mitte
| (c) Christoph Loeffler

überall: Für die Flüchtlinge [...], für die Alten [...], für die noch nicht geborenen Menschen, die schon da sind und einfach nur leben wollen.« So produzierte auch der BVL neue Schilder mit dem Slogan »Willkommenskultur auch für Ungeborene«.

Mini-Partei »Bündnis C« startet durch

Berlin • Im Vorfeld des Marsches fand am Vormittag des 19. September eine erste »öffentliche Präsentation« der neuen christlichen Kleinstpartei BÜNDNIS C – CHRISTEN FÜR DEUTSCHLAND statt, die aus der Fusion der Parteien AUF (ARBEIT UMWELT FAMILIE) und PBC (PARTEI BIBELTREUER CHRISTEN) im März 2015 hervorgegangen ist. Starrednerin war die 90jährige Autorin und Kinder- und Jugendpsychologin CHRISTA MEVES, Spitzenkandidatin für die Europawahl, die regelmäßig in christlich-fundamentalistischen bis extrem rechten Publikationen und Veranstaltungsrahmen präsent ist. Daneben redeten vor nur 50 ZuhörerInnen der Bundesvorsitzende OLE STEFFES, der Beisitzer MICHAEL RAGG, Pfarrer und Monarchist PHILIP KIRIL PRINZ VON PREUSSEN (der am 24. Oktober 2015 ELSSÄSSERS Compact-Konferenz eröffnen soll), der Autor MANFRED SPIEKER, STIENIEKE VAN DER GRAAF (NL, CHRISTENUNIE und ECPM-Vorstand) und der Autor MICHAEL HESEMANN. Thema war eine zwangsoptimistische Aufbruchstimmung voller Hoffnung, dass eine wirklich christliche Politik sich durchsetzen werde, sowie die Gefahren der aktuellen – d.h. muslimischen – »Völkerwanderung« und des »Vernichtungsprogramm« Gender Mainstreaming (MEVES).



Abonnieren...

...kann man den *monitor* nicht. Aber wer Fördermitglied des apabiz e.v. wird, der bzw. die bekommt ihn kostenlos zugeschickt!

Spenden und vor allem ein fester Kreis von Fördermitgliedern sind für unsere Arbeit unersetzbar. Sie sichern den Erhalt unseres Projektes unabhängig von öffentlichen Geldern und damit unabhängig von gesellschaftlichen Stimmungen. Die Spenden sind steuerlich absetzbar.

► Fördermitglied werden

Ihr spendet uns einen festen monatlichen Betrag, den wir von Eurem Konto abbuchen. Alternativ ist auch die Einrichtung eines Dauerauftrages möglich. Dafür erhaltet Ihr diesen Rundbrief mit unserer internen Beilage, werdet mit Informationen versorgt und bekommt einen Kaffee, wenn Ihr vorbeikommt.

► Spenden

Ihr überweist einfach einmalig oder per Dauerauftrag auf unser Konto (s. S. 1). Für die Ausstellung einer Spendenbescheinigung müsst Ihr uns allerdings noch Eure Daten zukommen lassen. Auch Sachspenden sind willkommen.

► Fördermitgliedschaft

Hiermit erteile ich dem apabiz e.v. eine Einzugsermächtigung über monatlich _____ Euro (mind. 5 Euro).

► Dauerauftrag/Einmalige Spende

Ich habe zur Unterstützung Eurer Arbeit

- einen Dauerauftrag eingerichtet. einmalig _____ Euro überwiesen.

Kontonummer: _____

Bank und BLZ: _____

Name/Organisation: _____

Adresse: _____

e-mail: _____

Unterschrift: _____

Spendenbescheinigung erwünscht (Fördermitglieder und Dauerspenden_innen erhalten diese 1x jährlich)

Neu im Archiv

Medien geben, die im Archiv neu eingegangen und ab sofort verfügbar sind. Darüber hinaus werden wir auf bestimmte Sachgebiete hinweisen, zu denen Ihr Sammlungen bei uns finden könnt. Danke an die Verlage.

• *Phillip Becher, Christian Begass, Josef Kraft: Der Aufstand des Abendlandes. AfD, PEGIDA & Co.: vom Salon auf die Straße, Papyrossa, Köln 2015.* Gleich zu Beginn formulieren die Autoren die These, dass PEGIDA nicht als plötzliches Phänomen zu werten sei, sondern mit anderen politischen Entwicklungen in Wechselwirkung stehe: Bundespräsident Gaucks Postulat der »Verantwortung Deutschlands in der Welt« zum einen, und der Aufstieg der AfD innerhalb der bundesdeutschen Parteienlandschaft zum anderen. Letztere habe zu einer Professionalisierung in der deutschen Rechten beigetragen. Das Buch gibt einen knappen Überblick über die rechten Protestbewegungen wie PEGIDA, LEGIDA, HoGeSa und PRO DEUTSCHLAND und Co und deren Verhältnis zur Parteienlandschaft sowie dem Ideenspektrum der Neuen Rechten. Mit rund 120 Seiten bietet das Buch einen Überblick über die Akteure und Netzwerke auch europaweit, die an einem rechten Gesellschaftsprojekt arbeiten und dabei nun auch Resonanz auf der Straße gefunden haben.

• *Frank Apunkt Schneider: Deutschpop halt's Maul! Für eine Ästhetik der Verkrampfung, Ventil Verlag, Mainz 2015.*

Der Titel ist Programm: In über zwei Dutzend essayartigen Kapiteln auf etwa 100 Seiten geht Frank Apunkt Schneider mit der Geschichte deutscher Popmusik hart ins Gericht. Ziel seiner Kritik ist nicht Pop aus Deutschland per se, sondern dessen »unverkrampft« deutschsprachige Variante. Schneider spart dabei nicht an steilen Thesen: »Die utopische Spur, die Popkultur als Alternative zu Volksgemeinschaft und Scholle einmal legte, wird von der deutschen Popidentität gerade so systematisch ausradiert, dass sie bald schon eine weitere Zukunft sein könnte, die es nicht mehr länger gibt.« Schneider nimmt sich nicht nur so einfacher Gegner wie der rechten Rockband FREI.WILD an, sondern macht auch vor linken Bands wie Kettcar und Tomte bzw. deren Sänger Thees Uhlmann nicht halt. Diese hätten zwar »(noch....) nicht für Deutschland« gesungen. Aber »ihr kleinbürgerlicher Gemütsindiepop pass[e] gut zum Entkrampfungsbefehl der Berliner Republik.« Offensiv provokativ ist Schneider allemal, trotz einiger polemischer Überspitzungen meist pointiert und dazu noch sehr unterhaltsam.

• *Kirsten John-Stucke & Daniela Siepe (Hg.): Mythos Wewelsburg – Fakten und Legenden, Ferdinand Schöningh, Paderborn 2015.*

Die »Schwarze Sonne« ist wohl eines der beliebtesten Symbole der internationalen neonazistischen Szene – sei es als Motiv für Tattoo, T-Shirt oder CD-Cover. Sie geht zurück auf ein Bodenorname in dem von der SS genutztem Schloss Wewelsburg. Vor allem mit dem Ende des Natio-

nalsozialismus wurde die Wewelsburg und mit ihr die Schwarze Sonne von verschiedensten Seiten mystisch interpretiert und auch politisch genutzt. In dem Sammelband wird versucht sich dieser Nutzung in zehn Beiträgen zu nähern. Neben der Nachzeichnung der Aktivitäten der SS um die Wewelsburg sowie der Betrachtung der Literatur zur SS werden vor allem die Legenden und Mythen betrachtet. Dazu gehören Beiträge zur Nutzung der Wewelsburg/Schwarze Sonne in verschiedenen Literaturgattungen wie in der Phantasie-Literatur oder Thrillern und Comics. Natürlich darf eine Betrachtung der Esoterik und Verschwörungstheorien bei diesem Thema nicht fehlen. Leider findet sich das vielschichtige Thema Schwarze Sonne/Wewelsburg und deren Nutzung/Rolle bei der extremen Rechten nur einen bescheidenen Platz in diesem Buch. Trotzdem eine lesenswerte Lektüre.

• *AutorInnenkollektiv loukanikos (Hrsg.), History is unwritten, edition assemblage, Münster 2015.* Die Publikation ist die erweiterte Dokumentation der gleichnamigen Konferenz in Berlin vom Dezember 2013. In 25 Beiträgen diskutieren historisch Forschende, Autor_innen, Künstler_innen und politische Initiativen über einen emanzipatorischen Umgang mit Geschichte. Das Buch ist in vier Schwerpunkte gegliedert: Retrospektiven, Ausgraben und Erinnern, Angreifen und Stören und Im Zweifel für den Zweifel? Der Stil der einzelnen Artikel unterscheidet sich, einige sind aufgrund ihrer akademischen Sprache nicht für alle lesbar. Trotzdem empfiehlt sich das Buch sehr. Die unterschiedlichen Themen und Schwerpunkte ermöglichen einen sehr guten Überblick über vergangene und gegenwärtige Diskurse in der Geschichtslandschaft, über (Gedenk-)politiken, Aktionsformen und Utopien.

Das Info-Paket vom apabiz e.v.



Nicht nur für Vereine und Institutionen, sondern für alle, die in den Genuss des gesamten Service des apabiz e.v. kommen möchten, gibt es jetzt unser *Info-Paket* in den Größen S, M und L:

- je 3/10/20 Exemplare des *monitor* pro Ausgabe
- den **ReferentInnen-Katalog** inklusive Updates
- zwei Exemplare aller **neuen Publikationen** des apabiz e.v. (Broschüren, Handreichungen etc.)
- **Sonderkonditionen** bei Nachbestellungen und Recherche-Anfragen

gibt es für 70 Euro / 100 Euro / 130 Euro im Jahr!